

Andreas Merkens, Victor Rego Diaz (Hg.)

Mit Gramsci arbeiten

Texte zur politisch-praktischen Aneignung
Antonio Gramscis

Argument Sonderband Neue Folge AS 305

Das Buch entstand mit freundlicher Unterstützung
des Berliner Instituts für kritische Theorie,
der Rosa Luxemburg Stiftung
und des Rosa Luxemburg Bildungswerkes Hamburg.

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Deutsche Originalausgabe
© Argument Verlag 2007
Glashüttenstraße 28, 20357 Hamburg
Telefon 040/4018000 – Fax 040/40180020
www.argument.de
Umschlaggestaltung: Martin Grundmann, Hamburg
Satz: Iris Konopik
Druck: Majuskel Medienproduktion, Wetzlar
Gedruckt auf säure- und chlorfreiem Papier
ISBN 978-3-88619-425-4

Andreas Merkens, Victor Rego Diaz (Hg.)

Mit Gramsci arbeiten

Texte zur politisch-praktischen Aneignung
Antonio Gramscis

Argument

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	7
Mario Candeias	
Gramscianische Konstellationen	
Hegemonie und die Durchsetzung neuer Produktions- und Lebensweisen	15
Frigga Haug	
Mit Gramsci die Geschlechterverhältnisse begreifen	33
Bernd Röttger	
Passive Revolutionen und Gewerkschaften	
Aufstieg und Niedergang korporatistischer Politik	54
Christoph Scherrer	
Hegemonie: empirisch fassbar?	71
Ingo Lauggas	
Empfindungsstrukturen und Alltagsverstand	
Implikationen der materialistischen Kulturbegriffe von Antonio Gramsci und Raymond Williams	85
Uwe Hirschfeld	
Mit Gramsci die Politik Sozialer Arbeit verstehen	98
Mikiya Heise und Daniel von Fromberg	
»Die Machtfrage stellen«	
Zur politischen Theorie Antonio Gramscis	110
Michael Jäger	
Die Partei, die ein Ziel hat	126

Armin Bernhard

Pädagogische Grundverhältnisse

Die Relevanz Antonio Gramscis für eine emanzipative

Pädagogik 141

Andreas Merkens

»Die Regierten von den Regierenden intellektuell
unabhängig machen«

Gegenhegemonie, politische Bildung und Pädagogik

bei Antonio Gramsci 157

Oliver Marchart

Gramsci und die diskursanalytische Hegemonietheorie

Ein fragmentarisches ABC 175

Wolfgang Fritz Haug

Marxistisch philosophieren – aber wie? 190

Christian Gaedt

Antonio Gramsci (1891–1937)

Biografische Notizen 204

Über die Autoren und Herausgeber 219

Vorwort der Herausgeber

Warum und wie sollte eine heutige Relektüre der *Gefängnishefte* produktiv sein? Diese Frage leitete das Vorhaben der Herausgeber an, eine Diskussion um Bedeutung und Nutzen eines gegenwartskritischen Anschließens an Antonio Gramsci zu initiieren. Dem vorliegenden Sammelband geht eine Vortragsreihe im Allgemeinen Vorlesungswesen an der Universität Hamburg voraus. Im Wintersemester 2006/2007 luden wir – in Kooperation mit dem Rosa Luxemburg Bildungswerk Hamburg – Redner und Rednerinnen ein, uns ihre Vorgehensweise nahezubringen, wie sie sich Gramscis Begriffsapparat bzw. seine Analyseweise aneignen und in aktuelle Analysen und Politikvorschläge übertragen.

Die Frage auf die analytisch-begriffliche Aneignung zuzuspitzen, hat einen bestimmten Hintergrund. Mit dem Abschluss der kritischen Gesamtausgabe der *Gefängnishefte* von Antonio Gramsci in deutscher Sprache (2002) besteht ein qualitativ neuer Zugang zu seinem Hauptwerk. Wir sind nicht mehr gezwungen, auf die bisherigen Auswahlbücher zurückzugreifen, die ja immer auch einen ›selektiven‹ Gramsci präsentierten. Die Möglichkeit, jetzt dezidiert auf Gramscis Begriffsarbeit eingehen zu können, begründet auch unser Anliegen, nicht vorrangig den bestehenden sekundäranalytischen Zugang zu Gramsci erweitern zu wollen. Unser Interesse richtete sich vielmehr auf die konkrete Aneignungsweise seines Materials, d.h. anregen, diskutieren, lernen, kritisieren und auch fortschreiben, wie man ›mit Gramsci arbeiten‹ kann.

Der Zugang zur kritischen Gesamtausgabe der *Gefängnishefte* ist kein einfacher Selbstläufer für die Massenrezeption der Texte Gramscis. Die schon oft notierte, aber nach der Vorlage der *Gefängnishefte* keineswegs weniger konkrete Erfahrung ist, dass die erste Schwierigkeit, Gramsci zu lesen, seine Arbeitsweise ist. Die *Gefängnishefte* legen weniger eine geschlossene Theoriebildung vor, als vielmehr eine Sammlung verstreuter Aufzeichnungen und fragmentarischer Abhandlungen zu den verschiedensten Themen. Die kritische Ausgabe ist weniger nach thematischen Abhandlungen geordnet als vielmehr nach dem zeitlich-chronologischen Verlauf der *Gefängnishefte*. Auch wenn dies eigentlich nicht wirklich möglich ist, weil Gramsci an mehreren Heften gleichzeitig arbeitete, so lässt sich annähernd studieren, wie Gramsci Begriffe und Themen aufgriff, sein Material und seine Analysen strukturierte, diese liegen ließ und wieder aufgriff, neu ordnete oder auch anders fortführte (vgl. Buttigieg 1991).

Gramscis flexibles und vielschichtiges Kontextualisieren macht seine Begriffe ambivalent und lässt systematische Definitionsgebräuche schwierig werden. Dazu kommt, was als »Grammatik des Gramscischen Denkens

bezeichnet werden könnte: nämlich ein Wechselverhältnis sich entwickelnder Begrifflichkeit, die an den klassischen Marxismus anschließt und [in seiner je geschichtlichen Kontextualisierung im historischen Material« (Graf 2003: 177) eine kritische Aufarbeitung findet. Zu dieser Grammatik zählt auch Gramscis Vorgehen, Begriffe in ihrer Konjunktur im wissenschaftlichen Vokabular wie im alltagsverständlichen Gebrauch, und gegenüber veränderlichen Politiken zu hinterfragen, sie anzugreifen, umzuschreiben und neu zu positionieren, abzulehnen oder fortzuschreiben. Eine analytische Herangehensweise, die Gramsci bis heute hoch aktuell sein lässt, vor allem weil sie der reduktionistischen und deterministischen Schließung von Begriffs-, Geschichts- und Praxisdeutung vorbaut, die sein Werk aber auch erst vielfach anschlussfähig und umstritten macht.

Diese ambivalenten Voraussetzungen für das Arbeiten mit Gramsci wollten wir jedoch als Herausforderung und Möglichkeit für den Sammelband nutzen und einladen, Relektüren aus verschiedensten Perspektiven und Disziplinen vorzulegen. Um darin nicht beliebig zu werden, stellten wir zwei Anforderungen an die Beiträge der Vorlesungsreihe, die im vorliegenden Sammelband um weitere ergänzt wurden: In den Beiträgen soll die Rezeption, Aktualisierung und Übertragbarkeit der Begriffe und/oder Analyseweise nachvollziehbar werden. Methodisch wird damit sichtbar, wie mit Gramsci die Transformation gesellschaftlicher Verhältnisse und Akteure, die Konjunkturen spezifischer Theorien, Diskurse und Ideologien, Politiken und Praktiken und die Bedeutung von Krisen, Erfahrungen und historischen Brüchen auf den Begriff zu bringen sind. Die Frage des Untertitels – die nach der politisch-praktischen Aneignung – bezieht Gramscis fortwährende Motivation für seine Theoriebildung und Analyseweise ein: die Suche nach einer Erneuerung von Erkenntnissen und Standpunkten, die Herrschaftskritik und Befreiungspolitik weiterentwickeln können. In diesem Sinne verstehen wir die hier vorliegenden Beiträge und ihre Rekonstruktion gramscianischer Kategorien und Denkweisen als ein Fortschreiben im Feld kritischer Theorie und emanzipationsorientierter Widerspruchsbearbeitung.

›Hegemonie‹ ist ein zentraler Begriff in Gramscis *Gefängnisheften* und er begründet die Perspektive, von der aus Gramsci seine macht- und politik-theoretischen Fragen bearbeitet und kritischen Standpunkte weiterdenkt. So weisen auch die Texte in diesem Sammelband immer auch einen expliziten oder impliziten Bezug zu Gramscis Hegemoniebegriff bzw. zu mit ihm verbundene Begriffe und Analysefelder auf. Die ersten Beiträge prüfen die Übertragbarkeit von Gramscis Fordismusanalyse auf die heutigen Bedingungen von High-Tech-Kapitalismus und Neoliberalismus – und wie sich die damit einhergehenden Prozesse gesellschaftlicher Umwälzung als

›passive Revolution‹ realisieren. Mario Candeias rekonstruiert in seinem Beitrag – *Gramscianische Konstellationen. Hegemonie und die Durchsetzung neuer Produktions- und Lebensweisen* – Gramscis hegemonietheoretisches Begriffsnetz und auf dieser Grundlage die Herausbildung einer transnational neuen Regierungs-, Produktions- und Lebensweise – verknüpft mit einem Umbruch der Geschlechterverhältnisse und von Staatlichkeit. Candeias zeichnet die Anziehungskräfte des geschichtlichen Blocks im Neoliberalismus und die Momente der Zustimmung der Subalternen nach; und zeigt auf, wie die Erweiterung von partiellen Bewegungs- und Entscheidungsmöglichkeiten mit neuen sozialen Ungleichheiten und autoritären Formen der Krisenbändigung einhergehen. Eine emanzipative Perspektive ergebe sich durch die Brüche im hegemonialen Gefüge des Neoliberalismus, aus denen sich aber kritisch-gestaltende Handlungsfähigkeiten erst herausbilden müssten.

Mit Gramsci die Geschlechterverhältnisse begreifen schlägt Frigga Haug anhand einer umfassenden Materialanalyse vor. Gramsci formuliere ein direktes Bedingungsverhältnis zwischen der Durchsetzung einer neuen Produktionsweise und der Rationalisierung und Disziplinierung des individuellen sexuellen Verhaltens durch relevante Hegemonieapparate. In aktuellen Reformvorschlägen zur Arbeits- und Familienpolitik erkennt sie die kritische Aufnahme, aber auch ideologische Vereinnahmung vieler – ehemals marginalisierter – Forderungen der Frauenbewegung. Im Ineinandergreifen der sich durchsetzenden mikroelektronischen Produktionsweise, neoliberal artikulierter Hegemonie- und Regierungspolitiken und fortgeschriebener sexualpolitischer Modernisierung wirft Frigga Haug empirisch zu beantwortende Fragen nach deren Auswirkungen auf Subjektivität und Klassenspaltungen auf. Ihr Vorschlag, ›Geschlechterverhältnisse als Produktionsverhältnisse‹ zu fassen, ist als Beitrag zur Verknüpfung von kritischer Begriffsarbeit und Rückgewinnung politischer Handlungsfähigkeit von einem ständig zu erneuernden feministisch-marxistischen Standpunkt zu verstehen.

Gegenüber Diskursen um das Absterben der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung plädiert Bernd Röttger in seinem Beitrag *Passive Revolutionen und Gewerkschaften: Aufstieg und Niedergang korporatistischer Politik* für einen genauen Blick auf die widersprüchlichen Handlungsbedingungen von Gewerkschaften. Röttger vollzieht die hegemoniale Engführung gewerkschaftspolitischer Zielsetzungen auf Tarifkämpfe im Rahmen des keynesianischen Nachkriegsstaates nach. Unter dem Druck weltmarktgetriebener Veränderungsdynamiken und einer zunehmend verbetrieblichten Regulierung industrieller Beziehungen, sieht Röttger die Wirkungsmacht fordristisch-korporatistischer Politikformen der Gewerkschaften in Frage gestellt. In diesem Defensivkampf der Gewerkschaften entstünden aber auch Erfah-

rungen, die ein Streben nach neuen kollektiven Politikpraxen aufzeigten. Röttger rekonstruiert ein empirisches Beispiel betrieblicher Auseinandersetzung, das einen möglichen Beitrag zu einer progressiven gewerkschaftspolitischen Erneuerung aufzeige.

Gramscis Kritik an (Klassen)Reduktionismus und Ökonomismus begründet seine hegemonietheoretische Differenzierung von Machtformen, indem er die Vorstellung von (allmächtigen) Zwangs- und Repressionsinstanzen, durch das Bedingungsverhältnis des Einsatzes von Zwang und Konsens ersetzt. Damit wird neben dem Ringen um die Staatsmacht auch solches um die diskursiv-kommunikative Disziplinierung, aber auch Überzeugung und Zustimmung der Subalternen sichtbar. In dieser Perspektive diskutierten die folgenden Beiträge die Bedeutung von Alltagskultur und -praxis, -verstand und -bewusstsein für eine Neuorientierung in den Politik- und Kulturwissenschaften, aber auch im Feld der Sozialpolitik. Christoph Scherrer fragt konkret: Ist *Hegemonie: empirisch fassbar?* Auf Grundlage der Rekonstruktion zentraler hegemonietheoretischer Begriffe Gramscis plädiert Scherrer für eine präzisere begriffliche Fassung und empirische Operationalisierung heutiger Hegemonieanalysen. Während gramscianisch orientierte Diskursanalysen einen Aufschwung erlebten, würden andere Untersuchungsmethoden vernachlässigt. Am Beispiel der Demoskopie diskutiert Scherrer Probleme und mögliche Erkenntnisgewinne durch die Berücksichtigung der ›öffentlichen Meinung‹ für Analyse von Machtbeziehungen. Mit den Ergebnissen in seinem eigenen Untersuchungsfeld – die genauere Bestimmung der Qualität der US-Freihandelshegemonie – bestätigt Scherrer die Aussagekraft der Meinungsanalyse. Das kritische Fortentwickeln von Begriffen und empirischer Methoden, die ein präziseres Einschreiben der vielfältigen Wirklichkeit ermöglichen, lässt sich bei Scherrer als kritischer Eingriff in die Politikwissenschaft verstehen.

Ingo Lauggas erinnert in seinem Beitrag *Empfindungsstrukturen und Alltagsverstand. Implikationen der materialistischen Kulturbegriffe von Antonio Gramsci und Raymond Williams* an den bedeutenden Umbruch der britischen Cultural Studies durch die Rezeption von Gramscis Werk und anderen grundlegenden kulturtheoretischen Schriften in den 1970er Jahren. Im Zuge des mit dem *cultural turn* erweiterten Kulturbegriffs, der kritisch gegen marxistische Determinismen des Basis-Überbau-Modells abgegrenzt wurde, hebt Lauggas Williams' *Cultural Materialism* heraus. Im Konzept der ›Empfindungsstruktur‹ schreibe Williams Gramscis hegemonietheoretische Überlegungen von Alltagskultur und -verstand fort. So wie Gramsci seine Analysen des Kulturellen auf epistemologische, philosophische und ökonomische Fragestellungen wie auch auf Fragen der Mentalitätsgeschichte und Staatstheorie ausgeweitet habe, bezog Williams alle möglichen Lebens-

Organisations- und Kommunikationsformen in seinen Kulturbegriff ein. Mit der bei Gramsci wie auch bei Williams aufgewerteten Kategorie der historisch spezifischen Erfahrungen der Subalternen stellt sich für Lauggas die Frage nach der Analyseweise des historisch vorfindlichen Materials des ›Alltags‹ und damit der Fortschreibung kritischer kulturwissenschaftlicher Analyse immer wieder neu.

Mit Gramsci die Politik Sozialer Arbeit verstehen heißt für Uwe Hirschfeld das Erscheinungsbild der Sozialen Arbeit als sozialpolitische Hilfestellung an das Feld gesellschaftlicher Auseinandersetzung und Kräfteverhältnisse rückzubinden. Hirschfeld zeichnet den Menschentypus der Sozialarbeiter/ Sozialarbeiterinnen und der Klienten/Klientinnen nach, der sich unter den neoliberal begrenzten politischen Handlungsmöglichkeiten herausbildet; und zeigt am Beispiel der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen an Schulen die fragile Kompetenz der Widerspruchsbearbeitung von Schülern und Schülerinnen auf. Im Anschluss an Gramsci bezeichnet Hirschfeld Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen als Professionelle mit organisierender Funktion gegenüber Subalternen. Sie seien aber weniger ›organische‹ als vielmehr ›fraktionierte Intellektuelle‹, die sich in der von herrschenden Hegemonialapparaten ideologisch und durchaus zweckhaft zugerichteten Form von Sozialer Arbeit einrichteten. Hirschfelds Gegenperspektive orientiert auf die Herausbildung von Diskursen und sozialen Bewegungen, die kritisches Denken mit Alltagspraxis verknüpfen.

Die beiden folgenden Beiträge diskutieren Ambivalenzen und Stärken, die sie aus Gramscis macht- und parteitheoretischen Analysen herauslesen. Mikiya Heise und Daniel von Fromberg gehen in ihrem Beitrag *›Die Machtfrage stellen‹. Zur politischen Theorie Antonio Gramscis* von eigenen Erfahrungen des Studiums der *Gefängnishefte* und der Gramsci-Lektüre mit Studierenden aus. Als wiederkehrender Stolperstein für das Arbeiten mit Gramsci stellte sich dabei dessen machtpolitische Orientierung an Machiavelli, den Jakobinismus und das leninistische Parteikonzept dar. Statt entsprechende Passagen und ihren autoritären Duktus kurzerhand zu überlesen, wie in vielen Lesarten Gramscis üblich, praktizieren Heise und von Fromberg hingegen eine kritische Lektüre der *Gefängnishefte*, die das historisch-spezifische Aufgreifen der Machtfrage als integralen Bestandteil der politisch-strategischen Überlegungen Gramscis zu Fragen der Hegemonie herausarbeitet. Mit Gramsci lässt sich schließlich verdeutlichen, dass auch die gegenwärtige Linke nicht umhin kommt, sich der Machtfrage politisch-strategisch zu stellen.

Auch wenn Parteien sich auf Ziele oder auch auf Werte berufen, hält Michael Jäger das Marktverhalten als das entscheidende Kennzeichen von heutigen ›westlichen‹ Parteien, was vielmehr ihre Ziellosigkeit aufzeige.

In seinem Beitrag *Die Partei, die ein Ziel* hat erinnert Jäger an Antonio Gramscis parteitheoretische Überlegungen, die ihn als Kritiker der Verwertungslogik in Parteien ausweisen. Jäger rekonstruiert Gramscis Theoretisierung der Zielorientiertheit einer kommunistischen Partei, die er an bestimmte Prämissen (u. a. Führung durch Konsens, kritische Positionierung zum Ökonomismus, Repräsentation der Heterogenität der Subalternen, Verankerung in der Zivilgesellschaft) binde, damit eine progressive kommunistische Partei hegemonial werden könne. Jäger problematisiert aber auch Gramscis Verteidigung der Sowjetunion, die eine Zielsetzung am Machterhalt aufweise, die durchaus machiavellistische Mittel zu rechtfertigen scheint. Hier sei auch die Überhöhung eines Staatssozialismus zu erkennen, die im Widerspruch zur kommunistischen Zielsetzung des Absterbens des Staates stehe. Diese machtpolitischen Bedenken sind nach Jäger bei der Erneuerung von Zielen eines westlichen Marxismus und des Einspiels einer pluralistischen Partei wie auch ihrer ›machtbewussten‹ Führung zu berücksichtigen.

Die Macht- und Führungsfrage stellte Gramsci nicht nur aus der regierungs- und parteipolitischen Sichtweise, sondern diskutierte sie explizit auch vom pädagogischen Standpunkt. Diesen vollziehen die folgenden Beiträge nach und diskutieren den problematischen wie hegemoniestrategischen Zusammenhang zwischen Lern- und Führungsverhältnissen, zwischen Lernfähigkeit und Assoziation der Subalternen. In Gramscis praxisphilosophischer Theoretisierung des pädagogischen Verhältnisses erkennt Armin Bernhard eine notwendige handlungstheoretische Erweiterung der kritischen Erziehungswissenschaften gegenüber ihrer eher geisteswissenschaftlichen Ausrichtung. In seinem Beitrag *Pädagogische Grundverhältnisse. Die Relevanz von Antonio Gramsci für eine emanzipative Pädagogik* rekonstruiert Bernhard das kritische pädagogische Begriffssystem Gramscis. Ausgangspunkt sei sein dialektisches Verständnis von ›Erziehung‹. Vom Standpunkt der gesellschaftlichen Reproduktion definiert, berge sie einen zwangsförmigen und disziplinierenden Charakter und zugleich Potenziale der ›positiven Zivilisierung‹ des Individuums und der Gesellschaft. Als Zielpunkt der Erziehung bestimme Gramsci die disziplinierte Haltung zum Lernen und zugleich die Ermöglichung der individuellen Entfaltung von Fähigkeiten zur mündigen Gestaltung der Lebensverhältnisse und der eigenen Persönlichkeit. In gegenhegemonialer Perspektive zu den bei der Erziehung beteiligten Hegemonieapparaten bringe Gramsci den der ›Bildung‹ ein – als erfahrungsgeleiteten Prozess der Selbstpotenzierung. Von dieser Position aus differenziere Gramsci weitere bildungspolitische Begriffe aus und schlussfolgere schulpädagogische Forderungen. Im Begriff des ›pädagogischen Verhältnisses‹ fasse Gramsci die historisch-politische Tätigkeit

der ›Führung‹ auf der Basis reziproker Lernbeziehungen und im Zusammenhang mit der Konstituierung und Ausübung von Hegemonie – was von Bernhard auch vom Standpunkt emanzipativer Gegenbewegungen gedacht wird.

In seinem Beitrag ›Die Regierten von den Regierenden intellektuell unabhängig machen‹. *Gegenhegemonie, politische Bildung und Pädagogik bei Antonio Gramsci* fokussiert Andreas Merkens auf die Fragen, die sich aus einer kritisch-pädagogischen Relektüre der gegenhegemonialen Perspektive Gramscis ergeben. Merkens setzt für die Veränderung von Gesellschaft einen pädagogischen Prozess kollektiver Selbstbildung voraus, in dem die subalternen Klassen ihre geschichtliche Handlungsfähigkeit erringen. Diskutiert wird insbesondere die Bedeutung der politisch-pädagogischen Führung und des Regierens für einen befreiungspolitischen Standpunkt; problematisiert werden die Anforderungen, die sich hieraus für die Gestaltung progressiv-reziproker Lernbeziehungen stellen. Merkens entwickelt seine Diskussion am Beispiel der Turiner Rätebewegung, in der Gramsci als Aktivist wirkte, sowie anhand Gramscis Intellektuellentheorie, und fragt abschließend danach, wie sich ein politisch-pädagogisches Verständnis von Gegenhegemonie gegenwartskritisch reformulieren lässt.

Wie Gramsci heute aktualisiert und systematisiert fortgeschrieben werden kann, legt Oliver Marchart in seinem Beitrag *Gramsci und die diskursanalytische Hegemonietheorie. Ein fragmentarisches ABC* dar. Dazu bezieht Marchart sich auf Ernesto Laclaus und Chantal Mouffes historischer Genealogie des Hegemoniekonzepts, ihrer auf Gramsci und poststrukturalistischen Theorieressourcen fußende allgemeine Diskurstheorie von Gesellschaft, ihrer spezifischen Form von hegemonietheoretischer Diskursanalyse, sowie ihrer politischen Theorie radikaler und pluraler Demokratie. Dabei ist die radikalisierte und weitergeschriebene, politikanleitende Begriffsarbeit für Marchart der Gewinn, der sich aus der diskursanalytischen Hegemonietheorie ziehen lässt.

Den Standpunkt marxistischen Philosophierens heute zu reartikulieren, veranlasst Wolfgang F. Haug, die Zukunft in der Vergangenheit des Denkens auszuloten. Um die ›philosophische Aktualität‹ von Karl Marx zu diskutieren, nutzt Haug in seinem Beitrag *Marxistisch Philosophieren – aber wie?* Gramscis philosophische Grammatik. Gramsci gehe vom individuellen Bedürfnis nach intellektueller Kohärenz aus, das andere in das eigene Denken mit einbeziehe, und nach der Überwindung von Zuständen der Unterordnung, Vereinzelung und Zerstreuung strebe. Die Aktualität des marxischen Denkens entscheide sich durch das Verständnis von der Konstruktion seines axiomatischen Feldes. Hierzu rekonstruiert Haug die zen-

tralen gesellschaftspolitischen Regelungs- und Gestaltungsfragen von Marx, die dieser zudem durch drei wesentliche Theorien flankiere: Ideologiekritik, Kritik der politischen Ökonomie, Objektivismuskritik. Zum Abschluss fragt Haug nach dem Sinn der marxischen Utopiekritik und bekräftigt das Potenzial der marxischen Dialektik unter Bedingungen des transnationalen High-Tech-Kapitalismus.

Zum Abschluss des Sammelbandes legt Christian Gaedt in seinem Beitrag *Antonio Gramsci (1891–1937). Biografische Notizen* einen Auszug aus Gramscis Lebensweg dar: seine Kindheit und Jugendzeit, sein Wirken in Partei und Arbeiterbewegung, die Bedingungen seiner Haftzeit, in der die *Gefängnishefte* entstanden – und nicht zuletzt die besonderen Schicksalsschläge aufgrund von Krankheit und Trennung von seiner Familie.

Andreas Merkens, Victor Rego Diaz
Hamburg, Oktober 2007

Literatur

- Buttigieg, Joseph A. (1991): Gramscis Methode; in: *Das Argument* 185. 33. Jg., 1991, H 1: 9–26
- Graf, Ruedi (2003): Gramsci für das 21. Jahrhundert. Zum Abschluss der deutschen Ausgabe von Gramscis *Gefängnisheften*; in: *Widerspruch* 45. 23. Jg., 2003, H 2: 176–188

Mario Candeias

Gramscianische Konstellationen

Hegemonie und die Durchsetzung neuer Produktions- und Lebensweisen

Ein fragmentarisches Ganzes – die »Gefängnishefte«

Antonio Gramsci wurde 1926 auf Veranlassung des faschistischen Regimes in Italien verhaftet. Beim Prozess vor dem Sondergerichtshof für Staatsschutz erklärte der Staatsanwalt: »Für die nächsten 20 Jahre müssen wir verhindern, dass dieses Gehirn funktioniert.« (Fiori 1979: 212) Aufgrund seiner schlechten gesundheitlichen Verfassung wird Gramsci Ende 1934 auf Bewährung entlassen. Er stirbt 1937 an einer Hirnblutung. Und doch hinterlässt Gramscis produktives Gehirn tausende Seiten von Aufzeichnungen aus seiner zehnjährigen Kerkerhaft – die *Gefängnishefte*.

Ohne Haft wäre Gramsci wahrscheinlich geblieben, was er zuvor war – eine herausragende politische Persönlichkeit, Publizist in den unterschiedlichsten Organen der aufstrebenden Arbeiterbewegung wie dem *Grido del Popolo* (*Ruf des Volk*), *Avanti* oder *L'Ordine Nuovo* (Neue Ordnung), außerdem Mitbegründer und (bis zu seiner Verhaftung) Vorsitzender der Kommunistischen Partei Italiens. Die zwangsweise Trennung von der Praxis aber führte gerade zur Ausarbeitung eines theoretisch-politischen Werkes, das weit über den historischen Moment hinaus geschichtliche Wirksamkeit entfalten konnte, dessen Originalität immer wieder inspiriert, dessen Ansätze für das Verständnis gegenwärtiger Verhältnisse nutzbar sind, und eingreifendes Handeln, Praxis herausfordert. Nicht zuletzt überschreibt Gramsci seinen Ansatz selbst mit dem Begriff der ›Philosophie der Praxis‹ – was ein Deckwort für Marxismus und Kritik der politischen Ökonomie ist, aber zugleich Stellung bezieht gegen verkümmerte und erstarrte Formen marxistischen, vor allem marxistisch-leninistischen Denkens.

Mit Peter Weiss kann man die Stoßrichtung der *Gefängnishefte* charakterisieren:

[...] Abwesenheit von Zwang u. Dogmatismus – Linie Luxemburg-Gramsci – Voraussetzung: Aufklärung der histor. Fehler – die lebendige Wissenschaft, Ablehnung jeglicher Illusionsbildungen, Idealismen, Mystifikationen [...] (Weiss 1981: 608)

Von Gramsci selbst waren die *Gefängnishefte* nicht zur Veröffentlichung gedacht. Sie bilden vielmehr den Produktionsprozess kritischen Wissens

ab, wie auch die Produktionsverhältnisse, unter denen sie zustande kamen. Die *Gefängnishefte* sind daher auch sperrig. Ihr fragmentarischer Charakter mit über 2061 Mosaikstücken erschwert einen systematischen Zugang. Die Herausgabe von ausgewählten, thematisch zusammengestellten Passagen der Gefängnishefte – von Togliatti in Italien (ab 1948), aber auch später z. B. von Christian Riechers (1967) in Westdeutschland –, sollten den Zugang erleichtern, suggerierten aber zugleich eine Art Werk oder System des Denkens Gramscis; zudem waren sie immer auch begleitet von einer Instrumentalisierung Gramscis – in ganz unterschiedlicher Weise: so wurde er entweder als Vordenker der ›Autonomia‹ gleichzeitig als Leninist gefeiert und dann auch bekämpft, anderen galt er als Anti-Marxist und Kulturalist, wieder anderen als Humanist und idealistischer Liberaler, oder umgekehrt als dogmatischer Materialist, später als Anti-Dogmatiker und Wegbereiter des Euro-Kommunismus.

Mit der vollständigen Veröffentlichung der *Gefängnishefte*¹ wird nun nicht das eine oder andere herausgepickt und in die je eigenen Denkbäude integriert – »hier wird nun der ganze Kuchen aufgetischt, nicht nur die Rosinen« (Haug 1991: 12). Der schmeckt besser, liegt aber schwerer im Magen. Dafür wird an diesem fragmentarischen Text der jeder Dogmatik entgegengesetzte Erkundungscharakter deutlich – wir finden uns sozusagen im Laboratorium wieder, erhalten Einblick in die Genealogie eines neuen Denkens, das immer wieder neu ansetzt, überprüft, revidiert, weiter entwickelt wird, immer neue Anschlüsse erlaubt. So ist die Methode der Verknüpfung, der Artikulation, wahrscheinlich die eigentliche Methode der *Gefängnishefte*, um ein komplex gegliedertes Ganzes gesellschaftlicher Verhältnisse begrifflich fassbar zu machen.

Und Begriffe werden gleich *en gros* entwickelt: kulturelle Hegemonie, traditionelle vs. organische Intellektuelle, passive Revolution, Geschichte der Subalternen, geschichtlicher Block, Stellungs- und Bewegungskrieg, Alltagsverstand, Philosophie der Praxis, Fordismus, Zivilgesellschaft und integraler Staat etc. Begriffe, die zum Teil weit über den engen Kreis der Linken bis in die Alltagssprache vorgedrungen sind. Die Rezeptionsgeschichte ist lang, verschiedenen Konjunkturen unterworfen, fast im 10-Jahres-Rhythmus – von Lateinamerika bis nach Indien, von diversen revolutionären wie auch reformistischen Bewegungen in (Süd)Europa (inklusive der SPD zu Beginn der 1980er), über die Neokonservativen und Neoliberalen in den USA oder Frankreich, die ihre eigene Praxis mit Hilfe gramscianischer Begriffe auf Gewinnung kultureller Hegemonie ausrich-

1 Die deutsche Ausgabe (1991–2002), hgg. v. Wolfgang F. Haug und Klaus Bochmann, später auch von Peter Jehle, folgt der von Valentino Gerratana besorgten italienischen Edition von 1975, nimmt jedoch wichtige Korrekturen vor.

teten, den Cultural Studies, den angelsächsischen Neo-Gramscianismus, bis zu neuen – auf Selbstorganisation gerichteten – sozialen Bewegungen wie den Zapatistas.

Das Fragmentarische eröffnet Raum für Pluralität, allerdings keineswegs im liberalen Sinne eines unverbundenen Nebeneinander, sondern immer aus der Perspektive der Subalternen zur Auflösung des Gegensatzes von Regierten und Regierenden, Geführten und Führenden, also von Herrschaft (GH 7: 1714). Die Verknüpfungen des Fragmentarischen werden erleichtert durch die erwähnten leitenden Begriffe, ohne dass sie in geronnene Definitionen gepresst würden. Die Begriffe selbst müssen ihre Tragfähigkeit immer von neuem an der Bewegung gesellschaftlicher Verhältnisse erweisen. Damit wird unterstrichen was bereits Karl Marx als Prinzip vertrat: »Wir treten dann nicht der Welt doktrinär mit einem neuen Prinzip entgegen: Hier ist die Wahrheit, hier knie nieder! Wir entwickeln der Welt aus den Prinzipien der Welt neue Prinzipien.« (MEW 1: 345)

Gramscianische Konstellationen

Gramsci sah sich gezwungen im Moment eines Geschichtsbruchs eine Neubegründung des Marxismus zu versuchen, eigene Ansätze und Handlungsweisen schonungslos zu hinterfragen. Der Hintergrund war ein doppelter: Niederlage der Linken und Durchsetzung einer neuen Produktions- und Lebensweise. Gramscis Herangehensweise ist gekennzeichnet von der organischen Verbindung beider Elemente des damaligen Geschichtsbruchs in seiner Analyse – das macht die gramscianische Konstellation aus, der wir uns in einem ähnlichen gegenwärtigen Geschichtsbruch wieder, wenn auch ganz anders, zu stellen haben. Die zwei Elemente dieser Konstellation sind:

Erstens sah sich Gramsci mit folgender Situation konfrontiert: einerseits Niederlage einer zuvor rasant gewachsenen Linken angesichts der faschistischen Herausforderung; andererseits Erstarrung der revolutionären Entwicklung in der Sowjetunion nach dem Tode Lenins durch die Etablierung des Stalinismus. Heute ist es die doppelte oder dreifache Niederlage von real-existierendem Sozialismus sowie real-existierendem sozialdemokratisch-reformistischen Keynesianismus – und mit ihnen wurden auch die übrigen, stärker kritischen Bewegungen in den Abgrund gerissen. Zwar bot sich die Chance einer historisch-kritischen Bestandsaufnahme, aber im Moment des Geschichtsbruchs schien sich kritisches Denken zurückzuziehen.

Zweitens: Gramsci und die Linke der 1920er Jahre waren nicht nur mit politischen Umwälzungen, sondern mit der Entstehung einer komplett neuen Produktions- und Lebensweise konfrontiert, des Amerikanismus und Fordismus – eine Revolution ohne Revolution, die zugleich auch Res-

tauration ist, indem sie die bürgerliche Herrschaft nicht nur bewahrt, sondern entwickelt – Gramsci hat dafür den Begriff der ›passiven Revolution‹ geprägt (GH 1: 102). Heute sind es High-Tech-Kapitalismus und Neoliberalismus, die solch eine Revolution-Restauration angestoßen haben. Damit ist wieder nichts weniger als die Erneuerung kritischen Denkens zu leisten, jenseits der alten Gewissheiten, nicht vor der Folie des Alten, vermeintlich schon verstandenen, sondern ausgehend von der Qualität des Neuen.

Zwar haben sich »die Bedingungen politischen Handelns« seit der Zeit Gramscis »radikal verändert«, insofern sind seine Erkenntnisse nicht unvermittelt auf gegenwärtige Verhältnisse übertragbar (Haug 1991: 13). Doch auch wenn es »gerade die ganz andere Situation des Umbruchs in die Massenproduktionsweise des Fordismus war, die Gramscis Analysen bestimmte. Haltbar bleiben die Fragestellungen, die Verknüpfungen, die Analyseweise« (F.Haug 1998: 82).

Hegemonie, Zwang und Konsens

Eine von Gramscis zentralen Fragestellungen war zu ergründen, weshalb es nach der Oktoberrevolution 1917 nicht auch in anderen Teilen Europas zur revolutionären Übernahme der Macht gekommen war. Anders als in Russland genügt es jedoch nicht, im Moment einer tiefgreifenden ökonomischen Krise sich durch einen Gewaltakt der Staatsmacht zu bemächtigen: »in fortgeschrittenen Staaten« hat sich »die Zivilgesellschaft« zu einer »sehr komplexen und [...] widerständigen Struktur« entwickelt (GH 7: 1589). »Es kann und muss [daher] eine politisch [*und kulturelle*] Hegemonie auch vor dem Regierungsantritt geben, und man darf nicht nur auf die durch ihn verliehene Macht und die materielle Stärke zählen« (GH 1: 102).

Gramsci bricht dabei frühzeitig mit verbreiteten reduktionistischen Interpretationen des Schemas von Basis und Überbau, wie sie im *Vorwort* von *Zur Kritik der Politischen Ökonomie* von Marx selbst missverständlicherweise nahe gelegt werden (vgl. Weber 1995: 35ff).² Im selben Text verdeutlicht Marx aber, dass strukturelle Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise schließlich in »ideologischen Formen, worin sich die Menschen dieses Konflikts bewusst werden« ausgefochten werden (MEW 13: 9). Damit wird für Gramsci klar, dass die Trennung von Politik, Ideologie, Kultur und Ökonomie, von Basis und Überbau etc. nur eine relative ist,

2 Die Gesamtheit der Produktionsverhältnisse »bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt, und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen« (MEW 13, 9). Marx spricht hier keineswegs von ›widerspiegeln‹, ›ableiten‹ oder Ähnlichem, auch nicht von ›bestimmen oder gar ›Determination‹, sondern ganz im regulationstheoretischen Sinne von ›entsprechen‹ (vgl. Haug 2001, 39).

die unterschiedlichen Elemente einer Gesellschaftsformation vielmehr vielfach miteinander verschränkt sind, als Momente der »Einheit des Prozesses des Wirklichen« (GH 6: 1308). Struktur und Superstrukturen müssen »als innerlich zusammenhängend und notwendig aufeinander bezogen und in Wechselwirkung« begriffen werden (ebd.). Die Annahme einer abstrakten Dominanz einer bestimmten Struktur über andere ist mit dieser Vorstellung nicht vereinbar; d.h. eine bestimmte Form der Ökonomie bedingt eine bestimmte *Form des Politisch-Kulturellen und umgekehrt*.

Aber was bedeutet überhaupt Hegemonie? In der Alltagssprache wird der Begriff meist mit ›Vorherrschaft‹ gleichgesetzt, vor allem im Bereich internationaler Politik. Aber schon ein Blick auf seine Bedeutung im Altgriechischen zeigt, dass es um mehr geht: ›voransein‹, ›führen‹, ›vorangehen‹. Es geht also nicht einfach um erzwungene Unterwerfung. Hegemonie schließt bei Gramsci vielmehr die aktive Zustimmung der Subalternen zu ihrer Unterwerfung mit ein: Zwang und Konsens. Hegemoniefähig wird eine gesellschaftliche Gruppe oder Klasse nur, wenn es ihr gelingt, den engen Bereich der Eigeninteressen zu überschreiten, also von einer korporativ-partikularistischen Phase in eine ethisch-politische Phase einzutreten, in der sie eine progressive Funktion für die gesamte Gesellschaft übernimmt – daher das Moment der Führung oder des Vorangehens. Ein solches Verständnis ist aber scharf gegen elitistische Avantgarde-Vorstellungen gerichtet. Denn in einem solchen hegemonialen Projekt müssen sich die Bedürfnisse und Interessen auch der unterworfenen Subjekte redefinieren lassen, damit es von den Subjekten gewollt und aktiv angestrebt wird. Ohne das aktive Element der Zustimmung würde sich Hegemonie auf Zwang und Gewalt reduzieren. Entsprechend handelt es sich bei Hegemonie auch nicht nur »um die Fähigkeit einer Klasse oder eines Bündnisses, ihr Projekt als das der gesamten Gesellschaft darzustellen« – so zu tun als ob – und dann durchzusetzen (Lipietz 1998: 160; vgl. MEW 3: 47). Bei einem hegemonialen Projekt handelt es sich vielmehr um die Form einer ›passiven Revolution‹, d.h. um einen realen »Prozess der Verallgemeinerung von Interessen in einem instabilen Kompromissgleichgewicht« (Demirovic 1992: 154). Die subalternen Gruppen entwickeln ein echtes Interesse, erwarten reale Vorteile, die sich keineswegs auf eine Art Selbsttäuschung reduzieren lassen – sonst wäre die Hegemonie nicht stabil.

Hegemonie ist dabei immer eine politisch-kulturelle, aber auch immer eine ökonomische: »sie hat ihre materielle Basis in der entscheidenden Funktion, welche die hegemoniale Gruppierung im entscheidenden Kern der ökonomischen Aktivität ausübt« (GH 3: 499). Die Ressourcen der unterschiedlichen Interessen innerhalb eines hegemonialen Projektes Geltung zu verschaffen sind ungleich zugunsten der Bourgeoisie verteilt:

Die Klasse, die die Mittel zur materiellen Produktion zu ihrer Verfügung hat, disponiert damit zugleich über die Mittel zur geistigen Produktion, so dass ihr damit zugleich *im Durchschnitt* die Gedanken derer, denen die Mittel zur geistigen Produktion abgehen, unterworfen sind. (MEW 3: 46)

Hegemonie heißt für Gramsci entsprechend:

dass die herrschende Gruppe sich auf konkrete Weise mit den allgemeinen Interessen der untergeordneten Gruppen abstimmen wird und das Staatsleben als ein andauerndes Formieren und Überwinden von instabilen Gleichgewichten zu fassen ist [...], von Gleichgewichten, in denen die Interessen der herrschenden Gruppen überwiegen, aber nur bis zu einem gewissen Punkt, d. h. nicht bis zu einem engen ökonomisch-korporativen Interesse (GH 7: 1584).

Die herrschende Gruppe

setzt also ihre Interessen keineswegs in reiner Form durch, sondern durchdringt zum einen durch Verallgemeinerung und Polarisierung die der anderen Fraktionen, zum anderen nimmt sie durch den selben Vorgang der Verallgemeinerung deren Interessen in sich auf (Demirovic 1987: 64).

Sie bestimmt aber in gewissen Grenzen die Prämissen und Grenzen auf denen der jeweilige Kompromiss der diversen Fraktionen beruht. Die herrschende Gruppe wird also Zugeständnisse und Opfer »korporativ-ökonomischer Art« bringen, »aber es besteht auch kein Zweifel, dass solche Opfer und ein solcher Kompromiss nicht das Wesentliche betreffen können.« (GH 7: 1567)

Hegemonie ist nicht reduzierbar auf den jeweiligen politischen Block an der Macht, sondern ist weiter gefasst. Der Begriff des Machtblocks umfasst »eine von inneren Widersprüchen gekennzeichnete Einheit von *politisch herrschenden* Klassen und Fraktionen« (Poulantzas 1978: 239), also die sog. »politische Klasse«, einflussreiche Kapitalgruppen, die Spitzen von Gewerkschaften und Verbänden sowie aus Medien und Wissenschaft als organische Intellektuelle und Populisten. Der Machtblock repräsentiert damit eine Seite des Widerspruchs zwischen Regierenden und Regierten, während ein sogenannter »geschichtlicher Block« die widersprüchliche Einheit von Regierten und Regierenden darstellt.

Für Gramsci ist entscheidend deutlich zu machen, dass in einem »geschichtlichen Block« als Träger von Hegemonie (GH 6: H 10.1, § 12), als Artikulation der vielen gesellschaftlichen Praxen und Interessen in einem Kompromiss, »Herrschende« wie »Beherrschte«, »Führende« wie »Geführte«, »Repräsentanten« wie »Repräsentierte« mit eingeschlossen sind. Der Begriff der Hegemonie verdeutlicht so, wie wir alle alltäglich an der Reproduktion von Herrschaft beteiligt sind. In einem solchen »geschichtlichen Block« werden »sozio-ökonomischer Inhalt und ethisch-politische Form [...]

identisch« (1251) – also keine Trennung von Basis und Überbau. Mit Bezug auf die Eingebundenheit der Einzelnen in die Reproduktion von Hegemonie überträgt Gramsci den Begriff des geschichtlichen Blocks dann auch auf das Verhältnis der Individuen zu sich selbst, als einer Form der Lebensführung und immer unvollständigen Identitätsbildung, mit der sie – also wir – versuchen die komplexen und widersprüchlichen gesellschaftlichen Verhältnisse kohärent und damit lebbar zu machen (1341f).

Da es sich um eine Artikulation äußerst unterschiedlicher, zum Teil widersprüchlicher Diskurse und Interessen handelt, bleibt die Einheit oder Kohärenz des gesellschaftlichen Blocks aber selbst widersprüchlich und in Bewegung. Obwohl Gramsci es zum Teil selbst nahe legt, bedeutet Hegemonie nicht, »die Widersprüche zu beseitigen, sondern ihnen unter bestimmten Bedingungen eine Form zu geben« (Demirovic 1987: 63); d.h. sie bearbeitbar zu machen. Ein solcher Begriff von Hegemonie fragt also nicht nach der Stabilität einer bestimmten Ordnung als vielmehr nach der bestimmenden Entwicklungsrichtung der Bearbeitung von Widersprüchen. Gelingt die Bearbeitung (über kleinere Krisen hinweg) nicht, treten gegenhegemoniale Projekte auf, kommt es zur Desartikulation eines überkommenen hegemonialen Projekts und mit ihr zur Auflösung der im geschichtlichen Block zusammengefassten Konstellation gesellschaftlichen Kräfte (GH 5: 1051). Hegemonie ist also ein offenes Konzept, keine geschlossene Totalität aus der es kein entrinnen gibt, sondern ist aufgrund ihrer inneren Widersprüche durch gesellschaftliche Praxis transformierbar.

In Momenten, in denen der Konsens brüchig wird, tritt das immer anwesende, aber im Hintergrund wirkende Element des Zwangs stärker hervor, um den Prozess der Zersetzung zu verhindern oder aber die Durchsetzung eines neuen hegemonialen Projekts zu ermöglichen. D.h. gestützt »auf den Konsens der Mehrheit« wird potentielle und reale Gewalt gegen jene eingesetzt, die die Hegemonie nicht anerkennen oder sich widersetzen. D.h. Hegemonie wird in Gramscis Verständnis »gepanzert mit Zwang« (GH 4: 783) und ist keinesfalls das Ergebnis eines freundlichen und fairen »herrschaftsfreien Diskurses«.

Politische Gesellschaft, Zivilgesellschaft und integraler Staat

Mit der Ausarbeitung eines aktiven Konsenses werden gleichzeitig auch die Instrumente ausgearbeitet, durch welche er durchgesetzt und gesichert wird (GH 7: 1637). Die Momente des Zwangs werden durch den Staat im engeren Sinne repräsentiert. Er bildet dabei aber kein eigenständiges Subjekt oder eine bloß zweckrationale Organisation, sondern stellt eine Form der Institutionalisierung bzw. der »materiellen Verdichtung« gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse dar (Poulantzas 1978: 119), die sich in gewisser

Weise verselbständigt und damit relative Autonomie gegenüber der Gesellschaft entwickelt. Als Ergebnis gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse ist die staatliche Form selbst widersprüchlich und vielfältig in sich gespalten. Die Widersprüche zwischen den Fraktionen des Blocks an der Macht »nehmen im Innern des Staates die Form von internen Widersprüchen zwischen den verschiedenen [...] [Staats]Apparaten an« (123). Sofern sich die Kräfteverhältnisse innerhalb der Gesellschaft verschieben, lässt sich auch die Struktur des Staates ändern. Bei Gramsci ist nichts statisch und ewig, nichts gut oder schlecht, letzteres ist abhängig von der konkreten Form oder Artikulation in einer spezifischen geschichtlichen Konstellation.

Der Staat verkörpert nach Gramsci mehr als nur die repressive Seite. Denn die maximale ›Effizienz‹ des Gesetzgebers wird erreicht, wenn der Zwang hinter die Momente des Konsenses zurücktritt, bzw. der Zwang dem »spontanen‹ Konsens der Massen entspricht« (GH 7: 1637). D.h. der Begriff des Staates lässt sich nicht auf seine Funktion der gesellschaftlichen Kontrolle reduzieren, er hat immer auch ideologische Funktionen sowie die Funktion, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu gewährleisten. Ideologie meint dabei eben nicht ›falsches Bewusstsein‹, sondern eine ›von oben‹ organisierte Weltauffassung, die selbst zur umorganisierenden gesellschaftlichen Kraft wird. Eine »Form der Rationalisierung«, in der gesellschaftliche Realität neue Definitionen erfährt (Hauser 1996: 501). Ideologie bezeichnet also eine Realität der verkehrten gesellschaftlichen Verhältnisse, die sich im Alltagsverstand einnistet, damit Teil der »gegenständlichen Wahrheit« wird (MEW 3: 533).

Gramsci versteht in diesem Zusammenhang den Staat auch als ›Erzieher‹, der die Einzelnen an neue gesellschaftliche Anforderungen anpasst, einerseits durch Unterdrückung, andererseits durch die Eröffnung von Möglichkeitsräumen und Entwicklung der Individuen als gesellschaftliche (GH 7: 1548f). Für Gramsci ist Politik letztlich immer auch ein pädagogisches Verhältnis (GH 6: 1335) – welches er nicht normativ wertet und das nicht einfach von ›oben‹ nach ›unten‹ gedacht ist; da die Umstände zwar den Menschen formen, dieser aber die Umstände in seiner alltäglichen Praxis selbst verändert, kommt es – mit Marx gesprochen – dass »der Erzieher selbst erzogen werden muss« (MEW 3: 534).

Die damit verbundenen Kämpfe beziehen sich keineswegs nur auf den Staat im engeren Sinn. Hinter dem Staat erscheint »eine robuste Struktur der Zivilgesellschaft« (GH 4: 874). Sie schließt alle Diskurse und Institutionen (Schule, Universität, Medien etc.), wie auch ›private‹ Organisationen (Verbände der Wirtschaft, Gewerkschaften, Interessenverbände der Autofahrer, Umweltschützer, Eltern etc.) ein – ein dichtes Gewebe von Institutionen (von ›Hegemonialapparaten‹ wie Gramsci sie nennt) zur »gemeinschaftlichen Ausarbeitung« (GH 7: 1512) des kulturellen und öko-

nomischen Lebens. In der öffentlichen Auseinandersetzung wird um den Konsens gerungen, was als gesellschaftlich anerkannt Geltung gewinnt. In unzähligen Diskursen von Lehrern, Richterinnen, Psychiatern, Journalistinnen, Wissenschaftlern etc. wird ein spezifisches Wissen produziert, welches definiert und normiert, welche Diskurse als legitim anerkannt geführt werden dürfen und welche nicht. In diesen Diskursen, welche gleichzeitig spezifische Öffentlichkeiten konstituieren, welche in den Massenmedien ein weiteres mal durch einen normalisierenden ›Trichter‹ müssen, wird gesellschaftliche Konformität erzeugt. Die privaten Hegemonialapparate sind also weit mehr als »Transmissionsriemen« (wie es bei Lenin hieß; LW 32: 5); sie sind vielmehr ein komplexes Ensemble von Institutionen, Ideologien und Praktiken. Als ›öffentlicher Raum‹, als Zivilgesellschaft, sind sie der Ort des Kampfes um Hegemonie.

Mit dem Konzept der Zivilgesellschaft als umkämpften Raum, der zwischen Ökonomie und Staat sich entfaltet, wendet sich Gramsci gegen jede Form von reduktionistischem Ökonomismus und zugleich gegen politischen Voluntarismus, wie apolitischen Kulturalismus. Die (methodische) Trennung von politischer und Zivilgesellschaft ist aber nur eine relative, immer geht es ihm um die Zusammenhänge. »Was ›öffentliche Meinung‹ genannt wird, ist aufs engste mit der politischen Hegemonie verknüpft, es ist nämlich der Berührungspunkt zwischen ›Zivilgesellschaft‹ und ›politischer Gesellschaft‹, zwischen dem Konsens und der Gewalt.« (GH 4: 916f) Die Zivilgesellschaft ist kein Ort des friedlichen Miteinanders, auch sie ist politisch vermachtet und herrschaftsförmig organisiert. Für seine politischen Projekte und Maßnahmen lanciert der Staat öffentliche Kampagnen, er organisiert Elemente der Zivilgesellschaft, greift in Diskurse ein. Einerseits wird der Konsens auch auf Ebene der Zivilgesellschaft über Zwangselemente abgesichert, andererseits beschränkt sich die Organisation des aktiven Konsens nicht auf die Zivilgesellschaft, ist vielmehr auch konstitutiver Bestandteil des Staates. Diesen engen, »organischen« Zusammenhang (GH 9: 2194f) zwischen Politik und Ideologie verdeutlicht Gramscis Begriff des ›integralen‹ (oder erweiterten) Staates, den er als »politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft, d.h. Hegemonie gepanzert mit Zwang« fasst (GH 4: 783). Seine Perspektive ist nicht die der gewaltsamen Zerstörung dieses Zusammenhangs, sondern die ›Absorbition des Staates in die Zivilgesellschaft‹.

Amerikanismus und Fordismus als neue Produktions- und Lebensweise

Dass Gramsci durch seine Betonung des Politischen und Kulturellen das Ökonomische vernachlässige, dieser Eindruck entstammt wahrscheinlich einer schiefen Wahrnehmung, die nicht zuletzt den Auswahlbänden

geschuldet ist, die die ökonomischen Passagen meist ausgeblendet haben. Als andere noch über den ›Imperialismus als höchstem Stadium des Kapitalismus‹ spekulierten, sah Gramsci in seinen Studien zum Amerikanismus und Fordismus bereits eine neue kapitalistische Produktions- und Lebensweise heraufziehen. Das Fundament für die neue Hegemonie verortet er in der progressiven Funktion des Fordismus zur »Rationalisierung der Produktion und der Arbeit« (GH 9: 2085) – ohne die zerstörerischen Seiten dieses Prozesses zu vernachlässigen (ähnlich wie Marx dies zwei Generationen zuvor getan hatte). Für ihn war zu dieser Zeit klar: »Hegemonie entspringt in der Fabrik.« (2069)

Grundlegend ist die Einführung einer tayloristischen Arbeitsorganisation (also strikte Trennung zwischen der Konzeption der Arbeitsprozesse und standardisierten Ausführung bei weitgehender Arbeitsteilung) verbunden mit der Übertragung des Produzentenwissens auf die Produktionsmittel (durch Maschinisierung) – also Fließbandproduktion und extreme Arbeitsteilung führen zu enormen Produktivitätsfortschritten (2086); beispielhaft in den Automobilwerken Henry Fords – daher Fordismus. Durchgesetzt wurden diese extrem monotonen und intensiven, daher physisch und psychisch anstrengenden Arbeitsformen durch die Kombination von Zwang und Konsens: indem »geschickt der Zwang (Zerstörung des Arbeiter- und Gewerkschaftswesens auf territorialer Basis) mit der Überzeugung (hohe Löhne, verschiedene soziale Zuwendungen, ideologische Propaganda und äußerst geschickte Politik)« kombiniert wird (2069). Besonders die überdurchschnittlichen Löhne spielten dabei eine wichtige Rolle: Sie sollten die »psycho-physische Anpassung an die neue industrielle Struktur« erlauben (ebd.) um die durch intensive Ausbeutung verschlissenen Arbeitskräfte zu erhalten (2092).

D.h. für Gramsci auch, dass »die neuen Arbeitsmethoden untrennbar mit einer bestimmten Weise zusammen hängen, zu leben, zu denken und das Leben zu empfinden« (2086). Eine tiefgreifende Umwälzung der gesellschaftlichen Produktion führt u. a. zur Auflösung traditioneller Sozialmilieus, Familienstrukturen und Subsistenzformen. Die *roaring twenties* liefern ein anschauliches Bild davon, doch die damit verbundenen neuen Freiheiten sind Industriellen und konservativen Gruppen ein Dorn im Auge. Der Lohn wird verschwendet für Alkohol, Vergnügung, Hurerei – was letztlich die Leistungsfähigkeit der Arbeitskräfte in der Fabrik schmälert, wenn sie nicht ganz von der Arbeit weggleiben.

Also wird es notwendig, dass der Arbeiter sein Geld »rational« verwendet, »um seine muskulär-nervliche Leistungsfähigkeit zu erneuern« (GH 1: 530). Neue Formen privater Lebensführung, werden über zivilgesellschaftliche und staatliche Moralkampagnen verallgemeinert – die Stichworte sind Puritanismus und Prohibition. Ziel ist, »dass der arbeitende Mensch

seine Nervenkräfte nicht bei der krampfhaften und ungeordneten Suche nach sexueller Befriedigung verschwendet« (531). Dies bedarf der Einsetzung von Hausfrauen, die über Disziplin, Lebensführung, Gesundheit, Ernährung der Familie, also das *Wie* des Konsums wachen und entsprechend tätig sind (F.Haug 2001) – so kommt es zur Herausbildung einer neuen weiblichen Persönlichkeit, inklusive einer ideologisch-moralischen Überhöhung der weiblichen Tugenden, die zugleich die Zustimmung der Frauen zu Unterordnung unter männliche Herrschaft und unbezahlter Ausbeutung ihrer Arbeitskraft organisiert.

Der konsumistische Zirkel sorgt dafür, dass die Reproduktion der Arbeitskraft selbst noch nutzbringend für die Maximierung von Profiten wird – als Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen. Die Reproduktion der Arbeiterklasse wird zu einem unmittelbaren Bestandteil der Kapitalverwertung. Nur durch diese Entwicklung des Massenkonsums kann sich die extrem verbesserte Produktivität in der Massenproduktion in steigenden Wachstumsraten realisieren.

Dabei ist das Funktionieren der neuen Produktionsweise abhängig »von einer bestimmten politischen, moralischen, juristischen Superstruktur« (GH 6: 1465f; vgl. GH 9: 2079). Die Zersetzung der alten Milieus und erhöhte psycho-physische Anforderungen erhöhen die individuellen Risiken, etwa bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und Alter. Erforderlich wird die Einführung kollektiver sozialer Sicherungssysteme, also der Aufbau des Sozial- und Wohlfahrtsstaates. Dieser dient nicht nur dazu, die Arbeitskräfte physisch zu erhalten, sondern ist auch ein entscheidendes Mittel zur Stabilisierung des Massenkonsums.

Amerikanische Kultur und fordistische Produktion sieht Gramsci als Träger einer neuen Hegemonie, die die verstärkte Unterordnung (Subsumtion) der Arbeitskräfte und ihrer Lebensweise unter das Kapitalverhältnis organisieren, aber bei realer Verbesserung der unmittelbaren Lebenssituation der Subordinierten. Gleichzeitig werden durch die Rationalisierung von Produktion und Lebensführung sowie ihrer Grenzen und daraus erwachsender Widersprüche immer wieder die Bedingung für die Entwicklung von Widerstand geschaffen (z. B. GH 9: 2090ff).

Nicht nur Zwang – auch offene Gewalt und Krieg sind die Begleiter von Konsens und Hegemonie. Schließlich musste der Amerikanismus sich erst gegen konkurrierende Modelle eines nachholenden Fordismus in seinen faschistischen und sowjetischen Varianten durchsetzen. »Ob Amerika mit dem unerbittlichen Gewicht seiner wirtschaftlichen Produktion Europa zu einer Umwälzung seiner allzu veralteten sozio-ökonomischen Formation zwingen wird« (2098), war für Gramsci eine noch unentschiedene Frage: Kann der »Amerikanismus eine geschichtliche ›Epoche‹ bilden« oder stellt er nur »die molekulare Anhäufung von Elementen dar, die dazu bestimmt

sind, eine ›Explosion‹ hervorzurufen« (2063). Er konnte nicht wissen, dass es erst der Explosion bedurfte, um den epochalen Siegeszug auszulösen, in dem Europa und große Teile der Welt die amerikanische Produktions- und Lebensweise absorbierten und adaptierten.

Transnationale informationstechnologische Produktionsweise und Neoliberalismus

Mit den von Gramsci entwickelten Kategorien lässt sich viel lernen für das Verständnis der Umbrüche in den letzten 30 Jahren. Wir können davon ausgehen, dass sich unter neoliberaler Hegemonie transnational eine neue Produktions- und Lebensweise etabliert hat. Die neoliberale Ideologieproduktion fungiert dabei als das organisierende Element einer krisenhaften Transformation aller gesellschaftlichen Verhältnisse, was an dieser Stelle natürlich nur kurz angerissen werden kann (Candeias 2004).

Vermittelt über gesellschaftliche Auseinandersetzungen kommt es zur Entstehung transnationaler Klassenfraktionen des Kapitals, die interessenspolitisch verwoben mit Gruppen führender internationaler Politiker und Teilen untergeordneter Machtgruppen einen transnationalen Block an der Macht bilden und sich in einem dichten Gewebe von internationalen Organisationen (IWF, WTO, G8 etc.) sowie im Umbau der Staatlichkeit auf anderen Ebenen institutionalisiert. Ihr Dispositiv von Interessen führt zu immer weiteren Liberalisierungen und zur nachhaltigen Verschiebung von Kräfteverhältnissen zuungunsten von eher national/regional gebundenen Kräften. Eng damit verbunden ist die Durchsetzung eines globalen Finanzkapitalismus, der mit der Ideologie des ›shareholder-value‹ Kapitalinteressen wieder stärker in den Vordergrund rückt und zugleich ungeheure Mittel zur Spekulation, aber auch zur Investition für die Erneuerung und globale Ausdehnung der Produktion bereitstellt.

Die Etablierung flexibel integrierter transnationaler Produktionsnetze kombiniert die Vorteile einer konkurrenzziellen und zugleich komplementären Differenzierung von Produktions- und Arbeitsformen. Zugleich erhöht die enge Verzahnung der einzelnen, fragmentierten Produktionsstufen nach dem Prinzip des ›fast-in-time‹ die Störanfälligkeit und eröffnet Potenziale für die Organisation von Gegenmacht. Die Informations- und Computerindustrien sind Vorreiter einer lokal-globalen Netzwerkbildung (Lüthje 1998: 561f; das Silicon Valley ist Prototyp der intraregionalen Netzwerk- und Clusterbildung und zugleich das Zentrum globaler Produktionssysteme, in denen Spitzenunternehmen technologische Schlüsselstandards setzen, womit sie eine strikte Kontrolle fragmentierter Produktionsprozesse ausüben; vgl. Revelli (1999: 62f) für ähnlich verlaufende Prozesse in der Automobilindustrie). Dabei handelt es sich um einen widersprüchlichen

Prozess, da der Zentralismus der Produktionsplanung die oft proklamierte arbeitsorganisatorische Gestaltungsautonomie vor Ort konterkariert. Die Fabrik, einst Ort, an dem sich die Arbeiterklasse durch physische Präsenz konstituierte, erfährt auf Basis der hochtechnologischen Produktionsweise ihre fragmentierte Globalisierung – von den *Maquiladoras* bis zur gläsernen Fabrik, von informellen Heimarbeitern bis zu modernen Telearbeitern. Ohne wissen zu können, welche Ausmaße diese Fragmentierung einmal annehmen würde, hat Gramsci dafür den Begriff der »gestreuten Fabrik« geprägt (GH 9: 925). Die Zersetzung und global-fragmentierte Neukonstitution des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters (GH 5: 1124) bedingte die Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zuungunsten der Lohnabhängigen. Ihre überkommenen nationalstaatlichen Organisationsformen geraten unter Druck. Der ständige Umbau der Beschäftigtenstrukturen durch das Wechselspiel von *In sourcing/Out sourcing* und Restrukturierung gewährleistet verbesserte Kontrolle der Arbeiterschaft und möglicher Gegenbewegungen. Es kommt zur staatlich flankierten Prekarisierung der Arbeit und zur Etablierung breiter Niedriglohnbereiche, während die Arbeitereliten hohe Einkommenszuwächse verzeichnen.

Zugleich macht die kapitalistische Restrukturierung des Verhältnisses von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen der fordistischen Zurichtung zum »dressierten Gorilla« (GH 7: 1499f) ein Ende, setzt stärker auf die Produktionsintelligenz, das informelle Erfahrungswissen, die Kreativität und selbst die Emotionalität der unmittelbaren Produzenten. Mit dieser Repositionierung des Wissens und der Subjektivität ist eine erweiterte relative Autonomie der Beschäftigten im Arbeitsprozess verbunden. Desto höher der Grad an Verwissenschaftlichung der Tätigkeiten, desto schwieriger wird es eine direkte Kontrolle über den Arbeitsprozess aufrechtzuerhalten. Allerdings: Eingezwängt in fremdbestimmte, betrieblich kontrollierte Grenzen beschränkt sich die Autonomie auf einen engen Bereich des für die Konkurrenzfähigkeit des Unternehmens Förderlichen. Damit sind Beschäftigte gezwungen Flexibilitäts- und Effizienzanschauungen, unternehmerisches Denken in ihre eigenen Denk- und Handlungsmuster zu internalisieren. Die Ausbeutung abhängiger Arbeitskraft durch das Kapital wird durch Delegation erweiterter und zugleich eingegrenzter Spielräume auf das tätige Subjekt in Richtung »Selbstaussbeutung« verschoben – die Schaffung eines neuen flexiblen »Arbeiter- und Menschentypus«.

Wer dem Druck der Konkurrenz und der Anpassung in der Arbeitswelt nicht standhalten kann – der sich in den Alltag, in den Kreis von Familie und Bekannten, in die Freizeit, den Sport etc. fortsetzt –, hat die Möglichkeit sich über ein vielfältiges Angebot von Therapien wieder »fit« machen zu lassen. Lohn und Freizeit werden zunehmend zu Gunsten der individuellen Leistungsfähigkeit, Beschäftigungsfähigkeit, kurz zugunsten der ökonomischen

mischen Verwertbarkeit verausgabt. Es herrscht geradezu ein konformistischer Druck, ein Non-Konformist sein zu müssen (Barfuss 2002) – eine Art ›hochtechnologische‹ alltägliche Lebensführung, die Selbstvermarktung und persönliche Performance nötig macht, um seine Position im Kampf um die wenigen Arbeitsplätze und soziale Anerkennung zu erhalten. Das »psycho-physische Gleichgewicht« (GH 9: 2087) wird durch eine intensivierte Kultur des Marktes und Formen der Selbstverwirklichung durch Konsum einer wunderbaren globalen Welt der Warenästhetik stabilisiert. Immer neue Bereiche werden warenförmig und warenästhetisch organisiert, vom Alltagsleben, über öffentliche Dienste, Gesundheit und Bildung, Körper und Gene, die Psyche bis hin zur natürlichen Umwelt. Da markt-förmige Tauschbeziehungen zunehmend die Sphäre der unmittelbaren Lebensbedürfnisse betreffen, wundert es nicht, wenn die »Begegnungen von Menschen« daher eine Tendenz haben, »sich dem Gegenübertreten von Waren anzugleichen« (F.Haug 1994: 107).

Der Grad der Selbstaubeutung und der Autonomie ist dabei umkämpft. Da das Wissen der Beschäftigten in der hochtechnologischen Produktionsweise unverzichtbar geworden ist, besteht eine gewisse Notwendigkeit zur ausgehandelten Einbindung und erweiterten Partizipation. Es gelingt die Einbindung auf die individuelle Ebene (z. B. Zielvereinbarungsgespräche) zu beschränken; es herrscht eine Art ›Konkurrenz durch (z. T. erzwungene) Kooperation‹. Z. T. werden neotayloristische Formen der Arbeitsorganisation eingeführt und die Einbindung zunehmend auf Arbeiter mit zentralen Positionen innerhalb des Produktionsprozesses beschränkt.

Trotz Individualisierung und Arbeitsdruck, Stress und einseitiger Flexibilisierung stellen diese neuen Formen der Arbeit für große Teile der Beschäftigten nicht nur einen Verlust von Sicherheit oder gemeinsamer (Arbeiter)Identität dar; vor allem für die jüngeren Generationen entspricht dies einer Befreiung von jahrzehntelanger, immer gleicher, monotoner Arbeit und normierten Lebensweisen, hin zu einer Vielfältigkeit von Lebensstilen und der Ausbildung von *patchwork*-Identitäten. Insbesondere Hochausgebildete fühlen sich ihrem eigenen Selbstverständnis nach nicht länger als Angestellte oder gar Arbeiter, sondern vielmehr als eigenverantwortlich handelnde, unternehmerisch denkende, selbständige Individuen, die ihre Interessen selbst vertreten können. Allerdings werden erweiterte Autonomie, Requalifizierung, Kreativität und Abbau von Hierarchien, also die Humanisierung der Arbeit, in die neoliberale Reorganisation und Flexibilisierung der Produktion integriert.

Auch Geschlechterverhältnisse werden entstaubt und reorganisiert. Einer der Kernpunkte der (zweiten) Frauenbewegung war die Kritik an der geschlechtlichen Arbeitsteilung, die Einzwängung der Frauen in patriarchale Eheverhältnisse, in denen sie meist von (Vollzeit)Erwerbsarbeit ausge-

geschlossen und abhängig vom männlichen Familienernährer auf den Bereich des Privaten verwiesen wurden. Nun macht ausgerechnet der neoliberale Umbau von Arbeitsverhältnissen und Sozialstaat weibliche Berufstätigkeit selbstverständlicher; diese tritt zeitgleich auf mit der Verknappung der Arbeitsplätze aufgrund struktureller Arbeitslosigkeit und damit verschärfter Konkurrenz (Candeias 2004: 209ff). Das Versprechen am Markt, dass persönliche Tüchtigkeit und Leistungsbereitschaft potentiell zum Erfolg führen kann, wird durch medial überrepräsentierte Erfolgsfrauen verstärkt und macht den neoliberalen Umbau für viele Frauen zustimmungsfähig und führt gleichzeitig zur Zersetzung der Frauenbewegung.

Doch um ihre volle Arbeitskraft auf dem Markt anbieten zu können, ist die dreifach freie Lohnarbeiterin erforderlich (Brensell/Habermann 2001), d.h. im Anschluss an Marx nicht nur frei von Produktionsmitteln und frei, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, sondern auch frei von den notwendigen Reproduktionsarbeiten. Die Kehrseite davon ist die wachsende Kluft zwischen hoch und niedrig qualifizierter Arbeit – auch und gerade zwischen Frauen. Erfolgreiche Mittelklasse-Frauen in wohlhabenden Ländern können sich von alten Familienformen emanzipieren, indem sie auf die billige (häufig illegalisierte) Arbeitskraft von Migrantinnen für die häusliche Reproduktionsarbeit zurückgreifen. Auf diese Weise entstehen ›globale Betreuungsketten‹ (Hochschild 2001). In den Peripherien wiederum kommt es mit der Hyperausbeutung vor allem weiblicher Arbeitskräfte durch steigende Kapitalintensität innerhalb hoch qualifizierter Produktions- und Dienstleistungsarbeiten zur Entstehung neuer Mittelschichten. Das Ergebnis ist eine komplexe Überlagerung veränderter nationaler Arbeitsteilung infolge von Verwissenschaftlichung und Flexibilisierung der Arbeit mit einer Umwälzung der geschlechtlichen Arbeitsteilung und der Rekombination des globalen gesellschaftlichen Gesamtarbeiters im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung.

Die unpersönliche Herrschaft des Marktes verspricht neue Freiheiten. Ganz zu Recht kritisierten 68er- und Frauenbewegung die unterdrückten Seiten eines paternalistischen und patriarchalen Sozialstaates, der die freie Entfaltung der Einzelnen in ein Korsett der Normierung von Lebensweisen presste. Die neoliberale Bewegung nahm diese Kritik auf, kehrte sie um und radikalisierte sie. Sie stellt gesellschaftliche Krisentendenzen als Folge von ›Überregulierung‹, als allgemeine staatliche Steuerungskrise dar, der durch Abbau bzw. Verschlankung des Staates und Deregulierung zu begegnen sei. In der emphatischen Rede von der individuellen Freiheit, die – anders artikuliert – auch von Links betont wurde, trafen sich der reaktionäre Impuls der Neoliberalen mit dem emanzipativen Anspruch der Linken, aber schon unter veränderten Kräfteverhältnissen. In Folge wurden ehemalige 68er, Grüne und Sozialdemokraten selbst zu treibenden Kräften

einer Orientierung auf Eigenverantwortung und Entstaatlichung. Die alte keynesianisch-fordistische Form der Regulierung, dort korrigierend oder kompensierend einzugreifen, wo Marktkräfte versagen, wird durch Formen der De- und Reregulierung ersetzt, in denen sich die Steuerungsfunktionen des Staates mit den Optimierungsfunktionen der Wirtschaft treffen und sich zu einer *gleichgerichteten* Kraft verbinden. Der nun ›aktivierende Staat‹ ordnet die Einlösung sozialer Rechte den disziplinierenden Zwängen der Wettbewerbsfähigkeit unter. Es geht darum,

die Moral der breitesten Volksmassen den Erfordernissen der ständigen Entwicklung des ökonomischen Produktionsapparates anzupassen, folglich auch physisch neue Menschentypen herauszuarbeiten. Aber wie wird es jedem einzelnen Individuum gelingen, sich in den Kollektivmenschen einzugliedern, und wie sich der erzieherische Druck auf die Einzelnen vollziehen, damit ihr Konsens und ihre Mitarbeit erreicht wird

– diese Kombination von Konsens und Zwang ist eine diskursive von Rechten und Pflichten (GH 7: 1544) oder prosaisch ›fordern und fördern‹ im Rahmen des Umbaus der Sozial- und Bildungssysteme an eine veränderte gesellschaftliche Produktions- und Reproduktionsweise im Rahmen des neoliberalen Workfare- bzw. transnationalen Wettbewerbsstaates.

Die mit allen diesen Veränderungen verbundenen Verschiebungen der Kräfteverhältnisse ist die Grundlage für einen gesellschaftlichen Kompromiss der ›neuen Mitte‹ und der Einbindung ehemals oppositioneller Gruppen. Der geschichtliche Block des Neoliberalismus kann sich trotz seiner anti-sozialen Politik auf aktive und passive Zustimmung stützen, weil er die Interessen subordinierter Gruppen aufnimmt, ihre Ziele allerdings verückt oder verkehrt. Diese neoliberale Hegemonie ist keine *reine Destruktivkraft* (Bourdieu 1998: 110) oder »konservative Restauration« (Bischoff u. a. 1998: 9), sondern im Sinne Gramscis eine ›passive Revolution‹ und entfaltet durchaus *produktive Kräfte*: die Rücknahme extremer (tayloristischer) Arbeitsteilung in der Produktion kann die Arbeit der Beschäftigten von Monotonie befreien; neue Produktionsformen können deren Wissen integrieren; Computerisierung und Automatisierung können uns von schwerer körperlicher Arbeit entlasten; die Internationalisierung von Kultur- und Warenwelt kann uns vor nationaler Borniertheit bewahren; Entstaatlichung kann uns von Bevormundung retten und die Suche nach neuen kollektiven Formen befördern; der Neoliberalismus ›befreit‹ Hausfrauen aus patriarchalen Familienverhältnissen und zwingt sie zugleich auf den Arbeitsmarkt. Die Früchte dieser Kräfte werden jedoch ungleicher verteilt als jemals zuvor seit Ende des Zweiten Weltkrieges; sie gehen mit Zerstörung von Subsistenzökonomien und Hyperausbeutung in den Peripherien und einer verallgemeinerten Kultur der Unsicherheit und Prekarität in den Zentren einher.

Die entsprechend schmalere gesellschaftliche Basis und geringere Kohärenz des neoliberalen geschichtlichen Blocks verleiht zugleich dem Zwang größere Bedeutung, macht Krieg und Gewalt notwendig um Krisen zu bändigen. Die Bearbeitung gesellschaftlicher Widersprüche verläuft dabei durch die Reartikulation des herrschenden Projekts vom konservativ-liberalen Neoliberalismus, über den sozial-demokratischen zum autoritären Neoliberalismus (ausführlich Candeias 2004: 328ff). Doch letztlich – wieder mit Gramsci gesprochen – produziert die Verdichtung von Widersprüchen Risse in der hegemonialen Apparatur, »etwa wie wenn es schon zu einem Sprung im Porzellan gekommen ist, der noch hält, aber an dieser Stelle brechen muss« (F.Haug 1998: 85). Diese Brüche gilt es auszuweiten.

Literatur

- Barfuss, Thomas (2002): Konformität und bizarres Bewusstsein. Zur Verallgemeinerung und Veraltung von Lebensweisen in der Kultur des 20. Jahrhunderts. Hamburg
- Bischoff, Joachim, Frank Deppe, Klaus-P. Kisker (Hg.) (1998): Das Ende des Neoliberalismus? Hamburg
- Bourdieu, Pierre (1998): Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion. Konstanz
- Brensell, Ariane, Friederike Habermann (2001): Geschlechterverhältnisse. Eine zentrale Dimension neoliberaler Hegemonie. Berlin
- Candeias, Mario (2004): Neoliberalismus. Hochtechnologie. Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Hamburg
- Demirovic, Alex (1987) : Nicos Poulantzas. Eine kritische Auseinandersetzung. Berlin
- ders. (1992): Regulation und Hegemonie; in: ders., H.-P. Krebs, T. Sablowski (Hg.): Hegemonie und Staat. Münster: 128–157
- Fiori, Giuseppe (1979): Das Leben des Antonio Gramsci. Berlin
- Gramsci, Antonio (1967): Philosophie der Praxis. Eine Auswahl; hgg. v. C. Riechers. Frankfurt/M.
- ders. (1991ff): Gefängnishefte [GH]. Kritische Gesamtausgabe; hgg. v. W.F. Haug u.a. Bände: 1, 3, 4, 5, 6, 7, 9. Hamburg
- Haug, Frigga (1994): Kritik der Rollentheorie. Hamburg
- dies. (1998): Gramsci und die Produktion des Begehrens; in: Psychologie und Gesellschaftskritik. 22. Jg., H 86–87: 75–92
- dies. (2001): Hausfrau; in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 5; hgg. v. W. F. Haug. Hamburg: 1196–1209
- Haug, Wolfgang F. (1991): Vorwort; in: A. Gramsci: Gefängnishefte. Band 1. Hamburg: 7–14
- Hauser, Kornelia (1996): Die Kategorie Gender in soziologischer Perspektive; in: Das Argument 216. 38. Jg., H 4: 491–504
- Hochschild, Arlie R. (2001): Globale Betreuungsketten und emotionaler Mehrwert; in: A. Giddens, W. Hutton (Hg.): Die Zukunft des globalen Kapitalismus. Frankfurt/M.: 157–176
- Lenin, Wladimir I. (1961): Werke [LW]. Band 32: Dezember 1920–August 1921. Berlin/DDR
- Lipietz, Alain (1998): Nach dem Ende des ›Goldenen Zeitalters‹. Regulation und Transformation kapitalistischer Gesellschaften. Berlin-Hamburg

- Lüthje, Boy (1998): ›Vernetzte Produktion‹ und ›postfordistische‹ Reproduktion; in: Prokla 113. 28. Jg., H 4: 557–88
- Marx, Karl (1956ff): Marx-Engels-Werke [MEW]. Bände: 1, 3, 13. Berlin/DDR
- ders., Friedrich Engels (1958): Die deutsche Ideologie; in: MEW 3. Berlin/DDR: 9–530
- Poulantzas, Nicos (1978): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, sozialistische Demokratie. Hamburg
- Revelli, Marco (1999): Die gesellschaftliche Linke. Jenseits der Zivilisation der Arbeit. Münster
- Weber, Thomas (1995): Basis; in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 2; hgg. v. W. F. Haug. Hamburg: 29–49
- Weiss, Peter (1981): Notizbücher 1971–1980. Band 2. Frankfurt/M.